



# Bundesvereinigung Opfer der NS - Militärjustiz e.V.

Gemeinnütziger anerkannter Verein

28757 Bremen Aumunder Flur 3A Telefon und Fax 04 21/66 57 24

[www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de](http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de)

An die  
Mitglieder der Bundesvereinigung

1. Februar 2012

## **Wiedereinführung einer Militärjustiz in Deutschland? Wir sagen Nein!**

Politische Pläne und Schritte, denen entschieden widersprochen und entgegengewirkt werden muss

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

beigefügt übersenden wir Ihnen die Ergebnisniederschrift der jüngsten Mitgliederversammlung (MV). Viele Teilnehmer/innen – wie auch wir – haben die Versammlung im Anschluss an die 90. Geburtstagsfeier am Vortag in guter Erinnerung. Nach einem fundierten Vortrag, der in Anlage beigefügt ist, zum Thema „Militärjustiz gestern, heute und morgen – wieder?“ unseres Beiratsmitglieds Dr. Rolf Surmann hat die Versammlung eine Entschließung mit Vehemenz beraten und beschlossen. Diese ist unverzüglich nach der MV als „Appell, eine Militärjustiz zu verhindern“ sowohl an die Adressaten im Deutschen Bundestag, als auch an die Öffentlichkeit verbreitet worden.

Während vor allem in der friedensbewegten Öffentlichkeit eine unterstützende Resonanz war, die vom Beifall über die Thematisierung dieses von vielen unbemerkten „Nischen“-Sachverhalts im großen Komplex der Militärpolitik bis zur Wiedergabe und zum Abdruck des Appells reichte, sieht die Resonanz aus dem „federführenden“ Bundesministerium der Justiz und den Reihen der „Verteidigungspolitiker“ gegenteilig aus: Der im derzeit FDP-geführten Bundesjustizministerium erarbeitete Referentenentwurf\* soll offensichtlich in dieser Legislaturperiode nun kurzfristig eingebbracht und rasch verabschiedet werden. Besonders bedenklich ist, dass dafür offensichtlich eine ganz „große Koalition“ angestrebt ist, die lt. ersten Presseberichten neben der Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP auch die SPD einschließen soll – entsprechende Äußerungen des (bisher nur) verteidigungs-politischen Sprechers der SPD im Deutschen Bundestag deuten darauf hin.

Vor diesem Hintergrund haben die Vorsitzenden der Bundesvereinigung und ihres wissenschaftlichen Beirats gemeinsam **am 31. Januar 2012 einen Brief an die Vorsitzenden aller Bundestagsfraktionen** gerichtet, der unseren Protest gegen dieses Vorhaben unterstreicht. Wir bitten Sie/Dich, diesem Brief und dem ebenfalls als Anlage zum Protokoll beigefügten **Appell vom 16.12.2011** die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen und unser gemeinsames Anliegen im Rahmen Ihrer/Deiner Möglichkeiten zu unterstützen. Neben den dort bereits genannten Gründen, warum die Wiedereinführung einer Militärjustiz in Deutschland abzulehnen ist, sollte auch beachtet werden, dass dieses wichtige Thema politisch gewollt „heruntergespielt“ und sachlich irreführend behandelt wird: Während – in Bremen, wie anderenorts – laute Klagen über mangelnde personelle und materielle Ausstattung der *zivilen Gerichtsbarkeit* zu hören und zu lesen sind, soll für ein bis zwei Dutzend „Fälle“ pro Jahr eine bundeszentrale neue, *militärisch geprägte Sondergerichtsbarkeit* eingeführt werden – als politisches (Wahl-)Geschenk einer aus Bayern kommenden Bundesjustizministerin an das – wie andere Bundesländer auch – durch Standortreduzierungen der Bundeswehr (vermeintlich) notleidende Bundesland Bayern. Lernen aus der Geschichte, sowie Stärkung und Verbesserung des zivilen Rechts (für alle Bürgerinnen und Bürger!), sieht m.E. ganz anders aus, als es die gegenwärtige Regierungskoalition vorhat!

Das meint mit guten Wünschen für eine interessante Lektüre und herzlichen Grüßen, auch von Ludwig Baumann, Günter Knebel, Schriftführer im Vorstand.

\* Genaueres im Text der Entschließung/des Appells der Mitgliederversammlung 2011

Vorsitzender:  
Ludwig Baumann

Wissenschaftlicher Beirat

Schriftführer: Günter Knebel  
Mail: Knebel-Bremen@t-online.de

Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Vorsitzender, Freiburg / Dr. Peter Fischer, Berlin /  
Dr. Detlef Garbe, Hamburg / Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach,  
Baden-Baden, Berlin / Dr. Rolf Surmann, Hamburg / Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg.